Konrad H. Jarausch

Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime

Vortrag

15. Juni 1993

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I
Institut für Geschichtswissenschaften

Herausgeberin:
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Redaktion:
Gudrun Kramer
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstr. 33
10245 Berlin

Heft 37

Redaktionsschluß: 10. 01. 1995

Einleitung

Über eine allgemein-menschliche Betroffenheit hinaus, berührt mich das Thema der jüdischen Vertreibung persönlich. Aufgrund meines Lebensweges, der mich von Deutschland nach Amerika geführt hat, kann ich den Schock der Auswanderung besonders nachvollziehen. In den Vereinigten Staaten haben emigrierte Juden und deren Kinder jeden Schritt meiner eigenen akademischen Laufbahn als Lehrer, Kollegen und Schüler begleitet. Durch vielfältige menschliche Bezüge ist dort dieses Thema ungleich lebendiger als in Deutschland geblieben und fordert geradezu eine Beschäftigung mit seinen Ursachen und Folgen heraus.
Wegen der damit verbundenen starken Gefühle wirft das Erinnern an dieses Trauma besondere Schwierigkeiten auf. Im angloamerikanischen Kontext ist die Formel des Holocausts, die im neuen Museum in Washington zu Stein geworden ist, gleichzeitig eine notwendige Warnung gegen das Vergessen und eine metahistorische Barriere gegen distanziertere Analyse. Ähnlich leiden westdeutsche Schuldrituale und Wiedergutmachungsversuche an einem Übermaß offizieller Beteuerung und einem privaten Überdruß, der endlich einen Schlußstrich ziehen will. Der ostdeutsche "verordnete Antifaschismus" hat die Judenvernichtung erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre öffentlich thematisiert, weil die Kategorie des Rassismus in der Marxistischen Ideologie keinen eigenständigen Stellenwert besaß. Und nun droht die doppelte Vergangenheitsbewältigung durch verständliche Empörung über neues Unrecht vor oder nach der Wende, die älteren nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren!
Auch die Unvollständigkeit der Literatur erschwert die Aufarbeitung der Judenvertreibung. Lobenswerte Versuche der Humboldt-Universität in den 80er Jahren dieses Thema anzupacken, hatten nur begrenzte Wirksamkeit, wie die um zwei Jahrzehnte verspä-

tete Veröffentlichung des Erinnerungsbuches von Rolf Schottlaender über verfolgte Wissenschaft zeigt. Für westliche Forscher waren die neueren Bestände des Universitätsarchivs nur schwer zugänglich, so daß die Friedrich-Wilhelms-Universität langsam ihre zentrale Rolle für das Verständnis der deutschen Hochschulentwicklung verlor. Auch vernachlässigt eine auf Jubiläen konzentrierte Universitätsgeschichte die Entwicklung der Studentenschaft und umgekehrt spart die Korporationsnostalgie die Professoren aus. Schließlich sind die unterschiedlichen Ansätze von administrativer Institutionsdarstellung, biographischer Lebensbeschreibung oder wissenschaftshistorischer Analyse der Entwicklung einer Disziplin nur schwer unter einen Hut zu bringen.

Da eine umfassende Erforschung der Vertreibung jüdischer Studenten und Professoren von der Berliner Universität nach 1933 noch aussteht, möchte ich mich darauf beschränken, die Umrisse des Problems zu skizzieren. Jetzt zugängliches Archivmaterial und genauere statistische Unterlagen machen es möglich, einige Leitfragen neu zu stellen. Die folgenden Ausführungen gehen von nationalen Entwicklungen aus, um die Berliner Besonderheiten aufzuzeigen. Sie behandeln Studenten und Professoren gleichgewichtig und fragen dadurch auch nach ihren Interaktionen. Schließlich versuchen sie Ursachen, Ablauf und Folgen dieses “beispiellosen Vorgangs in der Universitätsgeschichte” zu thematisieren, der den “Untergang der bürgerlichen Berliner Universität im moralischen und weitgehend auch im wissenschaftlichen Sinne einleitete” (Rüdiger, Überblick, 81).

I. Die Ursachen

Die Ursache der Vertreibung der Juden aus den Universitäten war eine Mischung aus langfristigen Vorurteilen und kurzfristigen Krisen. Nur eine außerordentliche Konstellation von intellektuellen, strukturellen und politischen Faktoren konnte einen solchen Bruch mit der eher toleranten Universitätstradition hervorbringen.

1. Der akademische Antisemitismus entstand während der späten

1870er Jahre in Berlin. Obwohl diese Entwicklung ein halbes Jahrhundert zurücklag, legte sie doch die Grundlagen für die späteren erschreckenden Ereignisse von 1933. Im Jahre 1879 löste ein provokativer Essay des Historikers Heinrich von Treitschke den berüchtigten *Antisemitismusstreit* aus. Der Autor war darüber selbst verwundert, denn seine Behauptung, "Die Juden sind unser Unglück", wollte ein Aufruf zur kulturellen Assimilation sein, der die innere Reichsgründung vollenden sollte. Dagegen verteidigte der Althistoriker Theodor Mommsen die Toleranz mit altliberalen Argumenten, die selbst nicht ganz frei von Vorurteilen waren. Aber mit Hilfe des Sozialdarwinismus verwandelten völkische Außenseiter wie Langbehn und Lagarde diesen kulturellen Antisemitismus langsam in einen biologischen Rassismus. Im Unterschied zu religiöser Unduldsamkeit gab es aus diesem Vorurteil kein Entrinnen durch Taufe oder Assimilation. Solche Propaganda machte um die Jahrhundertwende den Antisemitismus in konservativen, protestantischen Kreisen der Professorenschaft gesellschaftsfähig.

Die Studenten spielten eine wichtige Multiplikatorenrolle in seiner Verbreitung. In den frühen 1880er Jahren gründeten Anhänger von Treitschke und Stöcker die Vereine Deutscher Studenten (VdSt), um ein christliches, patriotisches und antisemitisches Gedankengut zu propagieren, das sich in rassistische und imperialistische Richtungen weiterentwickelte. Um seinen liberalen Gegnern den Nachwuchs abzugraben, protegierte Bismarck diese nationale Erhebung der Studentenschaft und verschaffte ihr dadurch Legitimität. Diese VdSt verfolgten eine ungewöhnlich erfolgreiche Interessenpolitik in der Universitätsöffentlichkeit. Sie eroberten die in den Anfängen stehende studentische Selbstverwaltung oder Lesehalle in harten Wahlkämpfen mit liberalen Gruppierungen. Ihre Agitation zwang andere Korporationen wie die Burschenschaft, Turnerschaft usw. in den frühen 1890er Jahren, den Antisemitismus in ihr Programm aufzunehmen. Diese Ausbreitung der gesellschaftlichen und teilweise auch rassistischen Judenfeindschaft in der Jugend infizierte die Folgegeneration der erwachsenen Professoren und Akademiker.

2. Die Weimarer Überfüllungskrise verschärfte die im Kaiserreich entstandenen Verdrängungskämpfe zwischen verschiede-

nen Akademikern. Die Probleme entwickelten sich bei den Studenten in zwei Phasen. Nach dem Weltkrieg vergrößerten die Heimkehrer, Vertriebenen und studierenden Frauen die studentische Frequenz um über 50% (1914: 79 304, 1923: 125 104). Dieser Nachkriegsüberschuß brachte bei gleichzeitiger Hyperinflation eine verbreitete Verarmung der Studierenden. Es entstand ein neuer Typus des Werkstudenten, der sich durchhungern mußte, oft krank war (Tuberkulose) und erhöht Selbstmord beging. Die Überfüllung bedeutete nicht nur den Verlust der traditionellen Elitestellung, sondern eine echte Bedrohung, besonders für neue hinzugekommene Studenten aus den unteren Mittelschichten. Die konjunkturelle Besserung in der Mitte der 20er Jahre brachte nur eine kurzfristige Erholung (1925: 89 469). Gegen Ende des Jahrzehnts stiegen die Studentenzahlen wieder an und setzten mit der Weltwirtschaftskrise neue Rekorde, da junge Leute studierten, um der Arbeitslosigkeit auszuweichen (1931: 138 010). Die steigende Anzahl von Hochschulabsolventen blockierte den Berufseintritt der Jungakademiker. Bei der Lehreranstellung wuchsen die Wartezeiten bis zu 10 Jahren, 3/4 der Ingenieurabsolventen waren arbeitslos, und in anderen Berufen brach ein gnadenloser Wettbewerb aus. Die folgende Politisierung der Studenten in Linke und Rechte polarisierte die Universität. Die Überfüllung verschlechterte die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses dramatisch. Die durch Reformen geschaffenen Zugangsmöglichkeiten der Frauen und einkommensschwächeren Schichten verschärften die Konkurrenz. Die Regierungen versuchten durch verschiedene Einstellungsstops den Haushalt auszugleichen, sperrten aber dadurch den Nachwuchs aus. Die Inflation zerstörte auch das Privateinkommen, die materielle Voraussetzung des Privatdozentenwesens. Daher wurde das schon in den 1880er Jahren erfundene Schlagwort des akademischen Proletariats nun weitgehend Wirklichkeit. Die große existentielle Verunsicherung der Jungakademiker führte zu einem fundamentalen Vertrauensbruch und warf die Frage nach der Verantwortung auf, die vor allem der Weimarer Republik angelastet wurde.

Nur bei etablierten Professoren war die Lage weniger gravierend. Die Ordinarien beklagten sich eher über den verlorenen Krieg und das Versailler Diktat sowie das institutionelle Notleiden der deut-

schen Wissenschaft durch die veralteten Labore und den Verlust von Forschungs- und Bibliotheksmitteln. In der Weimarer Endkrise wurden sie jedoch von den Brüningschen Gehaltskürzungen auch persönlich betroffen und verloren etwa 1/3 ihres Nominaleinkommens. Trotz ihrer relativen Sicherheit entstand unter den Professoren ebenso ein Gefühl der rapiden Verarmung, die als Kulturverfall diskutiert wurde. So lamentierten Akademiker z. B. darüber, daß ihre Gattinnen nun ohne Dienstmädchen auskommen mußten. Obwohl die ältere Generation weniger akut gefährdet war als die Jugend, beeinträchtigte die Krise ihre ohnehin schwachen Bindungen an die Weimarer Republik.

3. Die Hinwendung zum Nationalsozialismus unter den Akademikern war begrenzt, aber dennoch wichtig. Widersprüchliche Vorschläge zur Lösung der Überfüllungskrise konkurrierten miteinander. Liberale Hinweise auf mehr Leistungswettbewerb blieben für die mutmaßlichen Verlierer unattraktiv, während linke Vorstellungen der Streckung des Mangels auf alle auch nicht gerade populär waren. Rechte Rezepte der Aussperrung von Neuankömmlingen wie Frauen, Linken und Juden fanden schon mehr Resonanz, da sie den nichtbetroffenen Männern bessere Aussichten versprachen. Die soziale Überlebenskrise aktivierte den unterschwelligen akademischen Antisemitismus und machte ihn als Patentlösung auch unter früheren Skeptikern attraktiv.

Bei Studenten führte die Desorientierung in der Mitte der 20er Jahre zur Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB). Anfangs war er eine linke und nationale Protestgruppe, aber unter der Führung von Baldur von Schirach wurde er durch Mäßigung seines Auftretens langsam respektabel. Mit seinem radikalen Programm der Säuberung der Universitäten von allem Fremden hatte der NSDStB phänomenale Erfolge bei Astawahlen während der Weltwirtschaftskrise:

Berlin	1927	1928	1929
NSDStB	118=2%	749=15%	1377=19%
gesamt	5195=100%	5134=100%	7162=100%

In Berlin verzehnfachte er seine Stimmenzahl in zwei Jahren und entfaltete durch seine aggressiven Methoden eine Wirksamkeit, die weit über seinen noch begrenzten Stimmenanteil hinausging.

Regelmäßig einmal im Semester, vom Winter 1930 ab, brach der NS-Studentenbund Schlägereien vom Zaun und griff jüdisch aussehende Studenten an: “Mit einem Male wurden uns jüdischen Verbindungsstudenten die Mützen vom Kopf gerissen, zahllose Fäuste schlugen auf uns ein.” Mit Rufen wie “Juda Verrecke” prügelten die Nazis auch auf Republikaner und Kommunisten ein und zertrümmerten Anschlagbretter der Linken (*CV Zeitung*, HUA Rektor 21). Neben massiver Einschüchterung brachte schlaue Bündnispolitik mit Korporationen (Waffenring, Hochschulring dt. Art usw.) im Jahre 1931 den NSDStB in Berlin und auch auf nationaler Ebene in der Studentenschaft an die Macht. Die Kontrolle der studentischen Selbstverwaltungsorgane und ihrer Finanzquellen ermöglichte die weitere Durchdringung der Studenten mit NS Gedankengut und die Verfolgung einzelner Dozenten als “undeutsch” (Fälle Gumbel, Lessing usw.).
Demgegenüber zeigten die Professoren deutlich weniger Enthusiasmus für den Nationalsozialismus. Generell kann man bei den Hochschullehrern drei Gruppen von Reaktionen auf die Weimarer Republik unterscheiden:

1) den Weimarer Kreis von Liberalen, Demokraten und einige Sozialisten, die eine verfassungstreue Minderheit bildeten;
2) die nationale Mehrheit der Professoren, welche staatstreu war, aber weitgehend apolitisch blieb;
3) und eine starke Minderheit von Nationalisten, meist konservativer oder monarchistischer Prägung, die den Verlust der vergangenen Ordnung bedauerten.

Auch aus Konkurrenzangst hatte der akademische Nachwuchs wesentlich mehr Sympathie für radikale Formen der Rechtsorientierung als die Etablierten. So waren Dozenten eher in der SA oder dem NS-Lehrerbund als ältere Professoren. Nur eine kleine Minderheit von Hochschullehrern unterschrieb vor der Machtergreifung Aufrufe für die NSDAP, vor allem in den Wahlkämpfen von 1932. Neuere Untersuchungen haben herausgefunden, daß insgesamt 87 Professoren öffentlich für die Nazis eintraten. Nach Anselm Faust waren es vor allem Geisteswissenschaftler, aber auch Techniker waren überrepräsentiert. Die Unterzeichner waren entweder jung oder alt, während die mittlere Generation eher

fernblieb. Berliner spielten dabei keine führende Rolle, und erst Ende Februar 1933 unterzeichneten acht Professoren (Volkskundler Fischer usw.) der Friedrich-Wilhelms-Universität einen Aufruf, der trotz Meineckes Widerspruch die NS-Machtergreifung als “den richtigen Weg” apostrophierte.
Diese Vorgeschichte legt den Schluß nahe, daß die Vertreibung weniger, wie oft behauptet, von außen als von innen kam. Das ein halbes Jahrhundert schwärende Gift des akademischen Antisemitismus wurde durch die Überlebenskrise der Akademiker in der Weimarer Republik aktiviert. Es führte zur Hinwendung einer Mehrheit der politisierten Studenten und einer Minderheit der Professoren zum Nationalsozialismus. Bei dieser verhängnisvollen Entwicklung spielte Berlin eine Schlüsselrolle. Die Friedrich-Wilhelms-Universität war hinsichtlich der Entstehung des akademischen Antisemitismus führend, wurde von der Krise als größte Hochschule am stärksten betroffen und entwickelte sich daher in den Studentenkrawallen zu einer Hochburg des NSDStB. Trotz ihrer nationalen Grundhaltung blieben jedoch die Professoren zurückhaltender in ihrer Kritik am Weimarer System und zogen eher eine althergebrachte, leise Diskriminierung gegenüber Juden vor.

II. Der Ablauf

Die NS Machtergreifung gab den rechtsradikalen Elementen innerhalb und außerhalb der Hochschule die Gelegenheit, ihre Vorurteile in Taten umzusetzen. Am 13. April 1933 verteilte die NS-kontrollierte Studentenschaft “Zwölf Thesen wider den undeutschen Geist”, die als Rechtfertigung für drakonische Maßnahmen dienen sollten. Kernsatz Nr. 4 definierte den semitischen und liberalen Feind: “Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist.” These Nr. 5 behauptete: “Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er.” These Nr. 7 versprach zwar, “Wir wollen den Juden als Fremdling achten,” verlangte aber die Ausschaltung seines literarischen Einflusses: “Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache.” These Nr. 10 sprach ein verbreitetes kulturelles Ressentiment an: “Wir for-

dern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Überwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben." Diese Kompilation antisemitischer Vorurteile kulminierte im Ruf nach einer Säuberung der Universität (Nr. 11): "Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste." Gegen die Primitivität der Thesen protestierte der nationale, aber korrekte Rektor Kohlrausch und erreichte einen Ministerialerlaß, der die Notwendigkeit studentischer Disziplin unterstrich. Aber auch diese Verlautbarung argumentierte mit Rücksicht auf das Ausland und desavouierte die studentischen Ideen nicht "weil sie ein Unrecht sind" (*Jüd. Rundschau).*

1) Anlaß für antisemitische Agitation war die Klage über jüdische Überrepräsentation im deutschen Geistesleben. Meist wurde dieses alte Argument, das eine gewisse Berechtigung zu haben schien, zu Propagandazwecken übertrieben. Ironischerweise war die Disproportion durch rechtliche Beschränkungen und gesellschaftliche Vorurteile gegen jüdische Berufsausübung hervorgerufen worden. Nach der Emanzipation zeigten die deutschen Juden einen ungewöhnlichen Studiendrang, weil die Bildung ihnen den Aufstieg aus dem Getto und eine Alternative zum Kommerz bot. Da die Beamtenlaufbahn weitgehend verschlossen blieb, mußten sich jüdische Akademiker vor allem auf die freien Berufe (etwa 1/3 Ärzte, Anwälte) konzentrieren. Im Jahre 1931/32 machten Juden nur 0,77% der Bevölkerung aus, stellten aber einen Studentenanteil von 3,78%. In beiden Gebieten war die Tendenz sinkend, da die jüdische Geburtenrate zurückging und das Rekrutierungspotential für Akademiker ausgeschöpft war. Unter den preußischen Studenten war der Höhepunkt schon 1894/95 mit 9,39% erreicht, und der Prozentsatz halbierte sich bis 1932/33 auf 4,71%. Trotz des sinkenden Anteils gab es aber einige charakteristische Häufungen:

a) Juden konzentrierten sich in einzelnen Institutionen: Im Jahre 1926 hatte Berlin die weitaus höchste Zahl mit 931 von 8038 Studenten (d.h. 11.5%), gefolgt von Frankfurt mit 243, Breslau mit 196, und Köln mit 146. Dagegen studierten in Mün-

ster nur 9 Juden und in Greifswald war es nur einer. Im Jahre 1927/28 waren in Berlin 1.304 von 10.907 Studenten jüdisch, d.h. 11,95%.

b) Daneben zogen einzelne Fachrichtungen Juden besonders an. Im Jahre 1911/12 waren 22,2% der preußischen Medizinstudenten, 11,1% der Jurastudenten, 3,5% der Philosophiestudenten jüdisch (aber kein Theologe).

c) Einzelne Institute an einzelnen Hochschulen hatten daher einen besonders hohen Anteil von Juden. In Berlin waren es 1911/12 37,00% der Mediziner, 20,24% der Juristen und 7,57% der Philosophen (darunter Philologen und Naturwissenschaftler). Im Jahre 1927/28 waren nur noch 19,9% der Mediziner, 12,1% der Juristen, jedoch 10,0% der Philologen jüdischer Abstammung.

Wegen des allgemeinen Frequenzwachstums ging die jüdische Überrepräsentation in den 20er Jahren relativ zurück. Aber vor allem in der medizinischen und juristischen Fakultät lag der Anteil weiter über der Gesamtbevölkerung, so daß sich daran antisemitische Vorurteile festmachen konnten. Auch unterschied sich das Studienverhalten der jüdischen Kommilitonen von dem häufigen Bummeln der anderen Studenten. Ihr ungewohnter Fleiß schuf erheblichen Konkurrenzneid der oft fauleren “arischen” Kommilitonen. Schließlich waren jüdische Studenten nach den 1880er Jahren weitgehend aus dem allgemeinen Studentenleben verdrängt worden. Nur Finken, Reformburschen, einzelne wissenschaftliche Vereine oder linke politische Organisationen nahmen sie weiter auf. Gegen diese Ächtung entwickelten junge Juden eigene Verbindungen und Vereine. Im Jahre 1923 bestanden in Berlin ein Kartell-Convent der Studenten jüdischen Glaubens (Sprevia) und ein Bund zionistischer Korporationen (Kadimah) sowie ein Sport- und Ruderverein und ein Verein für jüdische Geschichte und Literatur. Diese Ghettoisierung im studentischen Leben verstärkte die Vorurteile der nichtjüdischen Mehrheit.

Für Juden blieb die Professorenlaufbahn trotz formeller Gleichstellung schwierig, weil gesellschaftliche Vorurteile das Berufungsverfahren beeinflußten. Nach den von Fritz Ringer neu analysierten Ferberschen Daten waren zwischen 1864 und 1938 7% aller Neuberufenen, die eine Religion angaben, jüdischen Glau-

bens. Diese Daten sind höchst problematisch, weil etwa 3/4 ihre Konfession verschwiegen und Juden eher Anlaß hatten, nichts anzugeben. Jüdische Statistiker schätzten, daß es um 1909/10 etwa dieselbe Zahl getaufter Juden im Lehrkörper gab, so daß sich der Anteil dadurch verdoppeln würde. Unter den Privatdozenten war der Prozentsatz der Juden zwei bis dreimal so hoch, was darauf hindeutet, daß Juden erheblich mehr leisten mußten als ihre Konkurrenten, um eine Professur zu erlangen. In den liberalen 1870er und frühen 80er Jahre stieg der Anteil auf 17%, ging aber vom Antisemitismusstreit an stetig bis auf 5% im Jahre 1931 zurück. Überraschenderweise war die Konzentration in Jura mit 17% am höchsten, in Medizin gab es 13%, in den Geisteswissenschaften 8%, und die restlichen Fächer lagen unter dem Durchschnitt. Trotz des Wegfalls des Taufzwangs nach 1917 bestand weiter ein Überhang im akademischen Mittel- und Unterbau. Innerhalb der Fakultäten spezialisierten sich Juden eher auf innovative Gebiete wie Medizin, Psychologie, Sozialwissenschaft, Naturwissenschaften, wo es objektivere Leistungsnachweise gab. Als Neuankömmlinge in den Hochschulen lösten sie durch anderes Sozialverhalten leichter Konkurrenzneid aus, so daß ihre Innovationsversuche als Kulturzersetzung angefeindet werden konnten.

2) Die rechtlichen Grundlagen der Vertreibung bestanden aus zwei im April 1933 verabschiedeten Gesetzen. Schon am 31. Januar hatten nationalsozialistische Studenten in einem weiteren Krawall eine Reihe von Forderungen an den Rektor erhoben und mit der Schließung der Universität gedroht. Nach weitergehenden Auseinandersetzungen beteiligten sich Studenten und SA auch an dem von Goebbels inszenierten Judenboykott vom 1. April. Es gab also einen gewissen Druck von unten durch den radikalisierten Teil der Studentenschaft, dem die Gesetze durch bürokratische Regulierung zuvorkommen sollten.
Die erste Maßnahme war das am 7. April 1933 verkündete “Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums”. Auf der Basis des Ermächtigungsgesetzes brach es mit den verbrieften, verfassungsmäßigen Beamtenrechten. Der Text war ein Kompromiß zwischen Initiativen von Preußen, dem Reich, dem Innenministerium und der NS- Reichstagsfraktion, der chaotische lokale In-

itiativen kanalisieren sollte. Der Titel war ein zynischer Versuch, die wegen der politischen und sozialen Reformen der Weimarer Republik verunsicherten Staatsdiener anzusprechen und eine Reprofessionalisierung zu suggerieren. Die Gummiparagraphen boten breite Möglichkeiten zur Entlassung, und wurden durch Ausführungsbestimmungen auch auf Nichtbeamte wie außerordentliche Professoren, Honorarprofessoren, Privatdozenten und sogar Lehrbeauftragte ausgedehnt:

§ 2: ungeeignete Vorbildung (Parteibuchbeamte)
§ 3: nichtarische Abstammung (1 von 4 Großeltern, aber mit Hindenburgausnahmen: vor 1914 eingestellt oder Frontkämpfer)
§ 4: politische Unzuverlässigkeit (Gehässigkeit gegen NS)
§5/6: Verwaltungsvereinfachung (Versetzung, Pensionierung).

Von Antisemitismus inspiriert, zielte das Gesetz hauptsächlich auf die Juden und ging über die bloße Korrektur der Überrepräsentation durch ihren völligen Ausschluß hinaus. Gleichzeitig leitete es eine allgemeine politische Abrechnung mit den politischen Gegnern des Nationalsozialismus ein. Durch den Vorwand der Rehabilitierung des Berufsstandes versuchte es die nationalistische Beamtenmehrheit anzusprechen und so ihren Widerstand zu brechen.
Bei den Studenten war die Taktik ähnlich. Am 25. April wurde ein Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Hochschulen erlassen. Es war ebenfalls ein Kompromiß zwischen der Agitation des NSDStB gegen Juden sowie Ausländer und der Forderung konservativer Beamter im Kultusministerium in Bayern, Baden, Sachsen, den Andrang zum Studium einzuschränken. Eine antisemitische Säuberung wurde dadurch in ein Bündel von breiteren Kontrollmaßnahmen eingebettet, die als Reaktion auf die Überfüllungskrise der Hochschulen dargestellt werden konnten. Der zunächst gegen die “Überfremdung deutscher Schulen und Hochschulen” gerichtete Entwurf stieß auf außenpolitische Bedenken (Neurath) und wurde deswegen auf die neutralere Überfüllungsthematik umgepolt.
Inhaltlich führte das Gesetz eine Abiturientenquote von jährlich

15.000 und Frauenquote von 10% ein. Gleichzeitig ordnete es für Neuaufnahmen die Reduzierung des Judenanteils auf 1.5% an, was durch eine Annäherung an ihre Proportion in der Gesamtbevölkerung gerechtfertigt wurde. Gleichzeitig verlangte es für bereits Immatrikulierte, daß in keiner Institution mehr als 5% Juden studieren sollten. Da die "Zahl der nicht-arischen Reichsdeutschen . . . unter der Gesamtheit der Besucher jeder Schule bzw. Fakultät den Anteil der Nichtarier an der Reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigen" durfte, schloß das Gesetz dadurch auch bereits Lernende aus.
Diese Maßnahme war de facto eine Zulassungssperre, die nur durch einzelne Ausnahmen für Frontkämpfer oder "Mischlingskinder" gemildert wurde. Theoretisch konnten die schon zugelassenen und unter 5% fallenden Juden anfangs noch weiterstudieren, hatten aber mit Schikanen übereifriger Beamter und ungeheurem NSDStB Druck zu kämpfen. Da die Rempeleien weitergingen und manche Dozenten den Juden ihre Lehrveranstaltungen verboten, brachen viele enttäuscht ihre Studien ab. Durch dieses Gesetz wurde der jüdische akademische Nachwuchs weitgehend ausgeschlossen und bereits Studierende durch Diskriminierung von der Hochschule verdrängt. Manche Juden waren auch vom Ausschluß kommunistischer, sozialdemokratischer und sogar republikanischer Studenten betroffen. Diese Säuberung relegierte am 29. Juni 1933 111 Berliner Studenten und kostete insgesamt um 600 Studierende ihren Studienplatz.

3) Die Durchführung dieser Maßnahmen war brutal, zog sich aber wegen der Ausnahmen über mehrere Jahre hin, so daß die Vertreibung als Prozeß zu verstehen ist. Auch dieser Umstand erschwerte den Widerstand, da Betroffene immer auf eine Wende zum Besseren hoffen konnten. Am 13. April 1933 wurden die ersten 16 Berliner Professoren in den Ruhestand versetzt. Gleichzeitig forderte das preußische Kultusministerium die Ausfüllung eines Fragebogens von allen Hochschullehrern. Neben den üblichen Angaben über Ausbildung und Werdegang enthielt das Formular Fragen über die Abstammung und die Konfession, bzw. frühere Konfession aller vier Großeltern. Zweck dieser Rubrik war es, Getaufte zu identifizieren, die unter Studenten etwa ein

Drittel der Juden ausmachten. Im Mai setzte die Berliner Studentenschaft ihren Druck mit einer Resolution fort: “Juden können nicht Führer der Studenten sein.” Dieser offene Boykottaufruf der Lehrveranstaltungen hatte den Erfolg, daß auch einige noch durch die Hindenburgausnahmen geschützte Gelehrte ihre Tätigkeit aufgaben. Der Prominenteste von ihnen war der Chemiker Fritz Haber.

Vor dem Einsetzen des Wintersemesters 1933 wurden etwa zweihundert Kündigungen und Versetzungen in den Ruhestand (mit 1/4 reduzierter Pension, wenn schon zehn Dienstjahre) ausgesprochen. Auch einige Dutzend Universitätsangestellte und Arbeiter waren davon betroffen. Zwei Jahre später wurden die Hindenburgausnahmen durch die Nürnberger Rassengesetze ganz aufgehoben. Gleichzeitig wurden gekündigte Forscher auch aus Laboren, Bibliotheken und Archiven verdrängt, so daß ein wissenschaftliches Weiterarbeiten nicht möglich war. Diese ungeheuerliche Aktion rief nur Einzelproteste von aufrechten Kollegen wie Max Planck für prominente Wissenschaftler wie Liese Meitner hervor. Aber zur Schande nicht nur der Berliner Universität muß betont werden, daß es keinen kollektiven Widerstand der Kollegen gab. Auch wenn sie den ruppigen Stil mißbilligten, fanden sich die meisten nationalgesinnten Professoren mit der Vertreibung ab.

Die jüdischen Studenten wurden ebenfalls schrittweise eliminiert. Am 16. Juni 1933 mußten Studierende einen ähnlichen Fragebogen wie die Professoren ausfüllen. Daraufhin wurden alle “Nichtarier” aus der am 22. April gebildeten deutschen Studentenschaft ausgeschlossen. Von manchen Hochschulen wie Frankfurt oder Leipzig wurden die Namen der Relegierten national bekannt gemacht, um eine anderweitige Neuimmatrikulation zu verhindern. Gleichzeitig wurden bedürftigen Juden Stipendien, Gebührenstundung sowie Freitische entzogen. Die verbleibenden Juden wurden auf jüdische Themen (so z. B. Historiker) oder auf jüdische Patienten bei der Famulatur beschränkt und erfuhren durch solche Einschränkungen eine “gesetzliche Degradierung zu Studenten zweiter Klasse.” Auch das Ablegen von Examen wurde immer schwieriger. Nach 1935 durften Juden kein Staatsexamen mehr ablegen und konnten nur noch promovieren (wenn

auch ohne Bestallung). Ab dem 15. April 1937 wurde auch die Promotion generell verboten. Von 1938 an war Immatrikulation nur noch mit Ariernachweis möglich.
Einzelne Ausnahmen bestanden nur für “Mischlinge”, die einen unbestimmten Zwischenstatus einnahmen. Trotzdem wurden Mischlinge ersten Grades mit zwei jüdischen Großeltern seit Anfang 1940 nicht mehr zugelassen. Nur bei Frontkämpfern des Zweiten Weltkriegs blieb die Praxis etwas konzilianter. Mischlinge zweiten Grades (ein jüdisches Großelternteil) wurden eher immatrikuliert, aber behördlich schikaniert und von anderen Studenten gemieden. Durch diese immer stringenteren Maßnahmen waren junge Juden entweder zur Auswanderung gezwungen, bei teilweisem Verlust der akademischen Grade, die für einen Neuanfang notwendig waren, oder ihre Absonderung wurde geduldet, und notdürftig von Kriecks These der Kulturautonomie verbrämt. Daher entwickelte sich die Berliner “Lehranstalt” für Wissenschaft des Judentums langsam in eine eigene Hochschule als Refugium. Die *CV-Zeitung* kommentierte traurig: “Die Geschehnisse der letzten Tage machen mit der Gleichberechtigung der deutschen Juden Schluß.” Daher “fühlen [wir] uns wie Verbannte, die im eigenen Heimatlande bleiben dürfen.”
Im Nachhinein ist die beschämende Selbstenthauptung der Universität nur schwer zu verstehen. Die weitgehend freiwillige Beteiligung der offiziellen Repräsentanten und Gremien an der Vertreibung der Juden von der Universität ist besonders erstaunlich. Trotz Humboldtscher Rhetorik von akademischer Freiheit gab es nur einige wenige Eingaben in Einzelfällen, aber keinen Protest gegen den ganzen Prozeß, weil Unrecht in rechtmäßiger Gestalt auftrat. Die vorausgegangene Isolierung der Betroffenen durch gesellschaftliche Vorurteile machte es leichter, sich nicht mit ihnen zu solidarisieren. Auch der Druck der rabiaten Studenten verhinderte bei ängstlichen Akademikern ein Engagement gegen solchen Gesinnungsterror. Schließlich spielte die Hoffnung auf eine nationale Erneuerung eine Rolle, die eine Wiederherstellung der professoralen Autorität versprach und manche Gelehrte dazu bewegte, nationalsozialistische Exzesse als jugendlichen Überschwang zu entschuldigen. Bei einigen hundert betroffenen Hochschullehrern und rund tau-

send ausgeschlossenen Studierenden war dies der stärkste Eingriff in die Hochschulautonomie in der Geschichte der deutschen Universitäten seit Napoleon. Weder radikalisierte Studenten noch eingeschüchterte Professoren waren sich bewußt, daß sie durch ihre Kollaboration in der Vertreibung der Juden ihre eigene wissenschaftliche Ethik aufgegeben hatten.

III. Die Auswirkungen

Die Konsequenz der antisemitischen Säuberung war eine *erzwungene Entassimilierung* der deutschen Juden. Während nationale Akademiker die Befreiung der deutschen Hochschule von Parasiten feierten, beklagten Juden die Vertreibung als "ein soziales Problem von unübersehbarem Ausmaß" (*Jüd. Rundschau*). Die Rückgängigmachung einer über hundertjährigen Integration und Assimilation schuf zunächst "eine Art deutschjüdische[n] Sektor[s]", in dem die Ausgeschlossenen unter Führung des Centralvereins versuchten, weiter loyale Deutsche zu bleiben, in der Hoffnung auf spätere Besserung. Dagegen sahen die Zionisten die Maßnahmen als Bestätigung der Notwendigkeit eines eigenen Volkstums: "Unsere einzige Rettung ist unser jüdisches Sein." (*CV-Zeitung, Jüd. Rundschau*). Für den Historiker sechs Jahrzehnte danach ist die Verdrängung der Tiefpunkt einer illustren, fast zweihundertjährigen Universitätsgeschichte. Diese Selbstaufgabe der Wissenschaft war nicht nur ein moralisches Versagen und eine menschliche Tragödie, sondern auch eine entscheidende Schwächung des deutschen Geisteslebens und der Forschung.

1) Die Zahlenbilanz der Verdrängung ist erschreckend genug. Die Erstellung von Statistiken ist wegen vieler Grenzfälle (von "freiwilligem" Ausscheiden) und wegen mancher nichtjüdischer Rücktritte (etwa von Hajo Holborn unter den Historikern) problematisch. Der von Mitchel Ash entdeckte Bericht des Auswärtigen Amtes vom 11. 12. 1934 nennt 136 Namen für Berlin, von insgesamt 612 Ausschlüssen von Hochschuldozenten (22%). Davon fielen 115 unter § 3 (Juden), 8 unter § 4 (Kom-

munisten) und weitere 13 unter § 6 (administrative Gründe). Eine Untersuchung von Kossack nennt die Zahl 193, während der Amerikaner Hartshorne im Jahre 1937 schon auf 242 Vertriebene allein für die Friedrich-Wilhelms-Universität kam (wohl mit ausgeschiedenen Nichtjuden). Ein Bericht des Ministeriums vom 1. April 1935 zählt 234 auf, nennt aber danach noch 7 Hindenburgausnahmen. Insgesamt werden daher wohl um 250 Berliner Wissenschaftler vertrieben worden sein, von denen etwa 9/10 Juden waren waren.

Eine Auszählung der Namensliste in "*Verfolgte Berliner Wissenschaft*" kommt auf 221 Universitätslehrer, unter denen nur 7 Frauen waren. Daneben finden sich weitere 26 an der Technischen Universität, 17 an anderen Hochschulen und 10 anderweitige Gelehrte. Unter den Vertriebenen der Friedrich-Wilhelms-Universität befanden sich nur 5% Juristen, aber 43% Mediziner und 33% Mitglieder der Philosophischen Fakultät (halb Natur- und halb Geistes-Sozialwissenschaftler). Dagegen wurden keine Theologen vertrieben. Von der Gesamtzahl waren 12% Ordinarien, 47% Extraordinarien, 5% Honorarprofessoren, fast 25% Privatdozenten, 4% Lehrbeauftragte, 4% Gelehrte und 3% Institutsdirektoren. Von der Hälfte, deren Schicksal bekannt ist, wanderten 30% in die USA, 20% nach England, 25% in europäische Nachbarstaaten und 12% in den Nahen Osten aus (einige sind im KZ umgekommen). Nur eine kleine Zahl kehrte nach 1945 wieder in deutsche Professuren zurück.

In fachlicher Hinsicht waren vor allem die Medizin, Natur- und Geisteswissenschaften betroffen, alle die Bereiche, welche vorher am liberalsten waren. Rangmäßig waren es hauptsächlich Extraordinarien (wegen der Sperre gegen jüdische Vollprofessoren unter den Medizinern), die Zahl von Privatdozenten war überraschend klein. Bis zu einem gewissen Grade war die Vertreibung der Juden auch ein Kampf unter verschiedenen Gruppierungen der Professoren selbst.

Unter den Studenten war die Vertreibung ebenso drastisch. Im Sommer 1933 richtete der CV eine Beratungsstelle ein, die vorschlug, daß 1) höhere Semester zu Ende studieren sollten; 2) Studienanfänger in nichtakademische Berufe wechseln mögen; 3) im Ausland nur mit Geld und Kontakten erfolgreich zu stu-

dieren sei. Auch unter den Studenten gab es eine Mischung von formellen Ausschlüssen und teilweise freiwilligen Rückzügen. Wie bei den Professoren sind die Zahlen schwierig zu interpretieren. Die *Deutsche Hochschulstatistik* bietet nur für die Anfangsjahre Angaben, die trotzdem den dramatischen Rückgang der jüdischen Studentenzahlen aus dem Inland und Ausland belegen:

Jahr	Deutsche Juden			Ausländische Juden	
	No.	%	Anfänger	No.	Anfänger
1932	3950	3.3		702	(gesch.)
1933	1908	1.7	89	651	14
1933/4	812	0.8	16	387	6
l934	656	0.7	10	364	13
1934/5	538	0.6	12	323	7

Eine mögliche Ergänzung dieser Reihe bietet die Zusammenstellung von Charlotte Lorenz unter der Rubrik “fremdvölkische” Deutsche. Sie ist etwas größer als die Zahl der Nichtarier in der Hochschulstatistik, da sie auf alle Nichtmitglieder der deutschen Studentenschaft aufbaut:

1932/3:	3616	von	119 702	3.0%
1933/4	1955		104 409	1.9%
1934/5	1110		84 704	1.3%
1935/6	776		75 305	1.0%
1936/7	441		62 810	0.7%
1937/8	185		56 395	0.3%
1938/9	51		55 944	0.1%

Dieses allgemeine Bild des Niedergangs kann durch Berliner Daten noch konkretisiert werden:

a) Im WS 1933/34 tauchen 542 jüdische Studenten auf einer Liste der deutschen Studentenschaft auf, nachdem 78 noch den Ariernachweis erbracht hatten. Von dieser Gesamtzahl wurden 23 während des Semesters ausgeschlossen. Im Vergleich zum WS 1932/33 schrumpfte die Zahl jüdischer Studenten in einem Jahr auf die Hälfte.

b) Im WS 1935/36 waren in einer Stammrolle für reichsdeutsche Nichtarier 248 Eintragungen in den gleichen Kategorien (mit genauer Angabe des Judenanteils) verzeichnet. Davon waren 1.5% Theologen, 5.5% Juristen, 56% Mediziner, 12% Philosophen, 3.5% Pharmazeuten, 4.5% Staatswissenschaftler und 16% Pädagogen. Nach Abstammungskriterien waren etwa 54% Volljuden, 34% Halbjuden und 11.5% Vierteljuden. Diese Zahlen gehen weiter bis zu 281, so daß bis zum WS 1937/38 wohl noch einzelne Juden ausnahmsweise neu immatrikuliert wurden.
c) Exmatrikuliert wurden aus dieser Liste 12% im Jahre 1935, 50% 1936, 25% 1937, 9% 1938. Also wurde die Zahl der verbliebenen Juden zwischen 1933 und 1935 nochmals halbiert. Nach Semesterlisten ausgezählt wurde sie im SS 1937 auf 57 reduziert, und im SS 1939 waren nur noch 17 jüdische Studenten übrig. Innerhalb von sechs Jahren wurden die sog. Nichtarier fast völlig aus der Berliner Universität verdrängt, wodurch sich das von 1937 an grassierende Defizit an Akademikern noch vergrößerte.

2) Die dadurch hervorgerufenen menschlichen Tragödien waren erschütternd und können nur mit einigen dürren Worten angedeutet werden. Betroffene erlitten den Verlust ihres Berufs, Einkommens und Ansehens. Während viele soziale Beziehungen austrockneten, brachen Zukunft und Lebensplanung zusammen. Besonders bei getauften, säkularisierten oder assimilierten Akademikern war die Bewußtseinsveränderung tragisch. Die Vertreibung aus Amt und Würden machte viele plötzlich gegen ihren eigenen Willen wieder zu Juden, eine Kategorie, aus der sie sich vorher oft mit Schmerzen gelöst hatten. Verständlicherweise reagierten die Betroffenen auf eine solche Katastrophe unterschiedlich:
a) Es gab Selbstmorde oder frühe Todesfälle aus bitterer Enttäuschung.
b) Viele besonders international bekannte Naturwissenschaftler wanderten sofort aus oder lösten sich schrittweise aus ihrer Heimat.
c) Optimisten warteten in der Hoffnung ab, daß der Spuk bald

vorbei sein werde. In der Zwischenzeit zogen sie sich auf ihre jüdische Subkultur zurück.

d) Wieder andere verdrängten die Gefahr. Die Nichtwahrnehmung des Undenkbaren war besonders bei Emeritierten möglich, die kein längeres Leben mehr vor sich hatten.

e) In Wenigen regte sich Trotz und Widerstand. Einige energische Akademiker kämpften aktiv für Auswanderung, jüdische Rechte usw.

Als ein bewegendes Beispiel des Bruchs eines Selbstverständnisses kann der Brief des Psychologen Kurt Lewin an Wolfgang Köhler vom 20. Mai 1933 dienen. Zum Dank für die öffentliche Kritik seines nichtjüdischen Mentors an der Vertreibung schrieb Lewin, trotz Liebe zu Deutschland glaube er "keine andere Möglichkeit vor mir zu haben als die der Emigration, [obwohl] mir dieser Gedanke gewiß nicht leicht fällt." Die Gründe für den schmerzhaften Entschluß waren vielfältig: Es war "nicht Abscheu vor irgendwelchen Pöbeleien oder gar die Angst vor persönlichen Unannehmlickeiten. . . sondern nur die sozialen Realitäten". Dahinter standen jahrelange berufliche Zurücksetzung sowie die verspätete Ernennung zum Offizier im Ersten Weltkrieg. Die antisemitische Hetze gegen die Weimarer Republik war kein Zufall: "Die tatsächliche Entrechtung der Juden aber hat nicht abgenommen, sondern wird jeden Tag weiter ausgebaut . . . [und wird] in der den Deutschen eigentümlichen schematischen Weise restlos durchgeführt werden." Sein Motiv war auch eine fundamentale Enttäuschung: "Aber es ist klar, daß der Jude sich aufs tiefste betrogen fühlen muß, wenn man ihm die rechtliche Gleichstellung auf deren Grundlage er seine Kräfte eingesetzt hat, plötzlich entzieht." Hellsichtig deckte er die tieferen Ursachen des Antisemitismus auf: "Neben all den anderen Faktoren scheint mir der Mangel an Selbstbewußtsein, an ruhigem sachlichem Aufsichsehen, eines Selbstbewußtseins, das also auch dann gilt, wenn man keine Uniform anhat, eine wesentliche Ursache dafür zu sein, wenn das deutsche Volk oder richtiger die geistig führende Schicht des Kleinbürgertums, die Leistungen der Juden nicht hat mit ansehen können." Aus all diesen Überlegungen blieb ihm nur die Emigration: "Ich kann mir gegenwärtig nicht vor-

stellen, wie man als Jude ein Leben in Deutschland führen soll, daß auch nur den primitivsten Anforderungen an Wahrhaftigkeit genügt."
Das Schicksal der Auswanderung war leichter, wenn das kulturelle Kapital wie bei Naturwissenschaftlern transportierbar war. Dagegen waren für die Geisteswissenschaftler die Hürden höher, denn ihr Wissen war weitgehend kulturspezifisch. Vor allem bei den Medizinern und Juristen war die Anerkennung der Examina das Hauptproblem. Zulassungsschwierigkeiten waren für die Jüngeren leichter zu überwinden als für die Älteren, denn Neues in anderem Land und einer anderen Kultur zu lernen, verlangte viel Energie. Die Auswanderung in deutsche Nachbarstaaten war anfangs weniger dramatisch, dafür war aber später die Tragödie größer, als sie von den Nazis überrannt wurden. Überall gab es Visaschwierigkeiten wegen Überfüllung der akademischen Berufe. Fast in jedem Auswanderungsfalle war der Statusverlust beängstigend und erlitt die Karriere einen Knick. Nichts war pathetischer als ein weltbekannter Professor, der als Gelegenheitsarbeiter versuchen mußte, sich sein Brot zu verdienen. Daneben war das Leiden durch die Verstoßung aus Deutschland groß, da sich die meisten Betroffenen als Deutsche definierten. Nur eine kleine Minderheit ging nach Palästina und verwandelte sich in glühende Zionisten.

3) Dieser Exodus führte zu einer fundamentalen Schwächung der Universität in Deutschland. Auch wenn durch Freiwerden von Stellen einige Nazitalente zum Zuge gekommen sein mögen, war der aktuelle und potentielle Verlust enorm. Zwischen 1933 und 1939 wurden etwa 45% aller Hochschulstellen neu besetzt, wesentlich mehr als normalerweise in vergleichbarem Zeitraum. Davon macht die Vertreibung der Juden etwa um die Hälfte aus. Klaus Fischer argumentiert überzeugend, daß nur 14-17% der Hochschullehrer wirklich emigriert sind, aber er bedenkt nicht, daß noch ein weiteres Drittel aus der Hochschule verdrängt wurde. Nach den fragmentarischen Ringerschen Zahlen waren unter den in den 30er Jahren Ausgeschiedenen 16% jüdisch (fast soviel wie Katholiken!). Vielleicht hilft es, wenn man bei dieser Diskussion drei Dimensionen unterscheidet:

a) Der *wissenschaftliche* Aderlaß war groß: 4 von 8 deutschen Nobelpreisträgern der Chemie waren jüdisch, und 6 von 12 Nobelpreisträgern der Medizin ebenso. (Diese Zahlen sind etwas umstritten, da es nach der *CV Zeitung* nur 8 von 44 waren.) Dadurch ging ein erhebliches Innovationspotential verloren, für das die Nazis kein Verständnis besaßen. Nach einer Anekdote versuchte der Industrielle Bosch Hitler den Verlust zu erklären, worauf jener mit atemberaubender Ignoranz antwortete: "Dann arbeiten wir eben einmal hundert Jahre ohne Physik oder Chemie!" Dieser Verlust war so gravierend, weil Juden sich in den am schnellsten entwickelnden Brennpunkten der Forschung befanden. Einserseits interessierten sie dynamische Gebiete am stärksten, und andererseits boten diese oft die einzigen Zugangsmöglichkeiten in Spitzenpositionen der Wissenschaft.
b) Die *institutionelle* Schwächung der Universität war auch erheblich. Die Selbstgleichschaltung führte zum schnellen Verlust der traditionellen Autonomie: Mit der Einführung der Führerverfassung und dem Übergang von Kohlrausch auf Fischer als Rektor verlor die Berliner Universität ihre korporative Selbstbestimmung. Ihre Personal- und Sachentscheidungen wurden in der Folgezeit immer mehr eingeschränkt, weil das Reichserziehungsministerium und Parteigremien wie der NSDDB oder der NSLB sich in jede wichtige Entscheidung einmischten.
c) Der *politische* Verlust wird dabei oft übersehen. Jüdische Professoren waren meist liberal, demokratisch oder sozialistisch engagiert. Es gab zwar einige deutsch-nationale Frontkämpfer, aber die Mehrheit sympathisierte mit linken Positionen. Weil sie die eigene Stellung der Empanzipation verdankten, unterstützten sie eher fortschrittliche Strömungen. Ihre Vertreibung eliminierte viel Kritik, die oft mit der Metapher "geistige Hefe" umschrieben worden ist.

Da das Beispiel der Physik, d.h. Einstein, Szilard u. a., wohlbekannt ist, soll es hier übergangen werden. Die Geschichtswissenschaft war fast ebenso stark betroffen. Elf Berliner Historiker wurden als Juden vertrieben, davon zwei Ordinarien, zwei Extraordinarien, sechs Privatdozenten und ein Lehrbeauftragter. So berühmte Namen wie

Otto Hintze (wegen seiner jüdischen Frau),
Gustav Mayer (als Kenner des Marxismus),
Ernst Perels (Spezialist für Hilfswissenschaften) und
Arthur Rosenberg (Althistoriker, Kommentator der Weimarer Republik) waren darunter.
Unter der jüngeren Generation waren Elias Bickermann, Hans Baron, Gerhard Masur und Dietrich Gerhard davon betroffen.
Indirekt hing damit auch die Auswanderung von Felix Gilbert (Stipendiat in Rom) zusammen.
Unter den nicht-jüdischen Professoren gab es Konflikte mit Friedrich Meinecke und Otto Hoetzsch sowie die Auswanderung der begabten Privatdozenten Eckhart Kehr
und Hajo Holborn.

Unter diesen Namen waren, außer Hoetzsch, einige der interessantesten Weimarer Historiker mit demokratischer Gesinnung. Im Exil folgerte Arthur Rosenberg daher überzeugend: "Eine spätere Zeit wird feststellen müssen, daß seit 1938 eine lebendige kritische Geschichtsforschung im Deutschen Reich überhaupt nicht mehr existierte und gar nicht existieren konnte, und daß daher die kritische deutsche Geschichtswissenschaft seit 1933 nur noch in der Emigration weiterlebte."

Im Endeffekt mußte die Wiederherstellung der alten Ordinarienuniversität des Kaiserreichs daher eine Illusion bleiben. Obwohl einige Forschungsgebiete wie Rassenkunde oder Vor- und Frühgeschichte davon profitierten, erbrachte das Dritte Reich keine *Re*-sondern eine *Deprofessionalisierung* der Hochschule. Die Folgen der Kollaboration waren langfristig schlimmer als erwartet: Krieg, Zerstörung und Verfall der Wissenschaft. Dabei war die Hilfeleistung der Mediziner und Techniker in der "Endlösung" eines der schwärzesten Kapitel. Die Judenvertreibung markiert daher den Anfang eines Prozesses der Selbstaufgabe der Akademiker, der schließlich auch sie selbst zu vernichten drohte.

Schluß

Die Erinnerung an die Vertreibung der Juden aus der Universität ist schmerzhaft, aber notwendig. Dabei greifen die Formeln des Holocaust, der Wiedergutmachung und des verordneten Antifaschismus wegen der Komplexität der Zusammenhänge etwas zu kurz. Der individuelle und kollektive Umgang mit vergangenem Versagen ist schwierig, da weder Leugnung noch andauernde Selbstbezichtigung weiterhilft. Nur eine kritische Historisierung kann versuchen, den Gegenstand als Vergangenheit zu erforschen und gleichzeitig das moralische Urteil darüber aufrechtzuerhalten. Besonders in der Umbruchphase der Berliner Universität nach 1989 ist es wichtig, sich einer bedrückenden Vergangenheit zu stellen, um aus begründeter Scham wie aus berechtigtem Stolz eine institutionelle Identität wiederzugewinnen. Dunkle wie helle Seiten gehören gleichzeitig zur Geschichte dieser alt-neuen Hochschule.

Die Vereinigungskrise erschwert das Verständnis der Unerhörtheit der vergangenen Verbrechen. Auch wenn die hautnahen Gegenwartsprobleme dabei Parallelen an Situationen vor und nach 1933 suggerieren, ist jedoch dieser Vergleich problematisch. Die stalinistische Unterdrückung und post-kommunistische Abwicklung haben gewisse formale Ähnlichkeiten mit der Vertreibung der Juden, besonders aus der Sicht der betroffenen Opfer. Aber die Unterschiede bleiben gravierend, da die Verfolgung deutscher Bürger aus Rassengründen einmalig war. In der ideologischen Tendenz der Unduldsamkeit wie in der aufgesetzten Symbolik finden sich eher Anklänge daran im Fremdenhaß unserer Tage. Es bestürzt auch, daß es sich dabei wieder um eine Art von irregeführter Jugendbewegung handelt. Eine größere demokratische Militanz würde deshalb guttun, und es ist wichtig, dieses Mal sich schon den Anfängen entgegenzustellen.

Die Erklärung der Judenverfolgung wird umstritten bleiben, da sich eine irrationale Bewegung nicht völlig rational fassen läßt. Obige Ausführungen suggerieren keine eindimensionale Kausalität, sondern betonen eine Konstellation aus ideologischen Vorurteilen, struktureller Krise und politischem Druck einer radikalen Minderheit. Der neue Rassismus der 1880er Jahre belebte al-

te antisemitische Gefühle in wissenschaftlicher Form wieder. Die Überlebenskrise der Akademiker in der Weimarer Republik brachte eine Abkehr von akademischer Toleranz. Eine Mehrheit von nazifizierten Studenten und eine Minderheit von Professoren arbeitete schließlich an der politischen Umsetzung des Rassismus mit. Die Folge der Verkettung dieser Umstände war unermeßliches Leid. Kurt Lewin schloß seinen oben zitierten Brief mit dem Gedanken: "Aber Sie werden hoffentlich verstehen und billigen, daß ich, obschon ich weiß, daß damit mein Leben entzweigerissen wird, versuchen muß, für mich und meine Kinder einen Ort zu finden, an dem man aufrecht leben kann . . . ."

Welche Lehren sind aus diesem paradigmatischen Sündenfall der Universität zu ziehen? Eine erste Folgerung wäre, den Kult des Expertentums in Frage zu stellen. So schwer sich Wissenschaftler damit tun, sollten sie sich doch dessen bewußt sein, daß auch großes Fachwissen nicht vor Unmenschlichkeit schützt. Eine weitere Lektion würde versuchen, den Zusammenhang zwischen Freiheit und Wissenschaft zu thematisieren. Toleranz ist das Lebensprinzip der Universität, denn als Diskurs lebt Forschung von der Auseinandersetzung vieler unterschiedlicher Beteiligter. Wenn man genau hinblickt, kann man diesen demokratischen Impuls schon in dem Ideal der allgemeinen Menschenbildung von Wilhelm von Humboldt angelegt finden. Aber das erschreckende Beispiel der Judenvertreibung zeigt, daß es mit zu nichts verpflichtender Traditionspflege nicht getan ist. Stattdessen muß sich jede Generation die Grundprinzipien der akademischen Freiheit neu aneignen und sie jeweils unter anderen Bedingungen zu verwirklichen suchen.

Quellen

Balk, Norman und *Kersten, Paul*, Hg. Berliner Hochschul-Taschenbuch (Berlin, 1923), 4. Ausg.
CV-Zeitung, XI-XII (1932-1933)
Gumbel, E. J., Hg. *Freie* Wissenschaft. Ein Sammelband aus der deutschen Emigration (Strasbourg, 1938)
Hochschulverwaltungen, Hg. Deutsche Hochschulstatistik, 8, 9, 11, 12, 13, 14 (Berlin, 1932-35)
Humboldt Universitätsarchiv:
- Kurator Nr. 1110 und 1111 (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums)
- Rektor Nr. 21 und 21/1 (Krawalle)
- Richter Nr. 3016 (Aufstellung von Nichtariern vom WS 1933/34)
- Wegen staatsfeindlicher Gesinnung von den Hochschulen gewiesene Studenten 1933
- Semesterverzeichnisse, WS 1936/37, SS 1937, SS 1939
- Stammrolle für reichsdeutsche Nichtarier der Universität Berlin (WS 1935/36)

Jüdische Rundschau, 38 (1933)
Lorenz, Charlotte. Zehnjahresstatistik des Hochschulbesuchs und der Abschlußprüfungen (Berlin, 1943), Bd. 1
Preußisches Statistisches Landesamt, Preußische Statistik Bde. 279, 285, 353: Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen (Berlin, 1925-28)

Auswahlbibliographie

Adam, Dietrich Uwe. Judenpolitik im Dritten Reich (Düsseldorf, 1972)
Becker, Heinrich, Dahms, Hans-Joachim und *Wegeler, Cornelia*, Hg. Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus (München, 1987)
Benz, Wolfgang. Die Juden in Deutschland, 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft (München, 1988)
Bernhardt, Hannelore. "Dem Andenken jüdischer Studenten unserer Universität," Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 23 (Berlin, 1989), 68-76
Berthold, Rudi et al., Hg. Die Humboldt-Universität. Gestern - Heute - Morgen (Berlin, 1960)
Beyerchen, Alan. Scientists under Hitler: Politics and the Physics. Community in the Third Reich (New Haven, 1977)
Caplan, Jane. Government Without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany (Oxford, 1988)
Düwell, Kurt. "Berliner Wissenschaftler in der Emigration," in Wissenschaft in Berlin (Berlin, 1987)
Fischer, Klaus. "Die Emigration von Wissenschaftlern nach 1933. Möglichkeiten und Grenzen einer Bilanzierung," Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), 353-49
Fläschendräger, Werner und *Steiger, Günter*. Magister und Scholaren. Professoren und Studenten und Hochschulen im Überblick (Leipzig, 1981)
Giles, Geoffrey. Students and National Socialism in Germany (Princeton, 1985)
Göppinger, Horst. Juristen jüdischer Abstammung im `Dritten Reich'.Entrechtung und Verfolgung (München, 1990) 2. Aufl.
Heiber, Herrmann. Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz (München, 1991)
Heinemann, Manfred, Hg.Erziehung und Schulung im Dritten Reich (Stuttgart, 1980), 2 Bde.
Hoffmann, Christhard. "Die Zeit des Nationalsozialismus" (MS, Berlin, 1993)
Jarausch, Konrad H. Deutsche Studenten, 1800-1970 (Frankfurt, 1984)
Ders. The Unfree Professions: German Lawyers, Teachers and Engineers, 1900-1950 (New York, 1991)
Jütte, Robert. Die Emigration der deutschsprachigen 'Wissenschaft des Judentums.' Die Auswanderung jüdischer Historiker nach Palästina 1933-1945 (Stuttgart, 1991)
Kampe, Norbert. Studenten und "Judenfrage" im Deutschen Kaiserreich. (Göttingen, 1983)
Kater, Michael H. Doctors Under Hitler (Chapel Hill, 1989)

Ders. Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland, 1918-1933 (Hamburg, 1975)
Klein, Helmut, Hg. Humboldt Universität zu Berlin. Dokumente 1810-1985. (Berlin, 1985)
Ders. Humboldt Universität zu Berlin. Überblick 1810-1985 (Berlin, 1985)
Leaman, George. Heidegger im Kontext. Gesamtübersicht zum NS Engagement der Universitätsphilosophen (Heidelberg, 1993)
Lundgreen, Peter, Hg. Wissenschaft im Dritten Reich (Frankfurt, 1985)
Olenhusen, Albrecht Götz von. "Die 'Nichtarischen' Studenten an den deutschen Hochschulen. Zur nationalsozialistischen Rassenpolitik," Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), 175-206
Poliakov, Leon und Wulf, Josef. Das Dritte Reich und seine Denker (Berlin, 1959),
Ringer, Fritz. "The German Academic Community, 1864-1938," Central. European History, 25 (1993), 251-280
*Schottlaender, Rolf. V*erfolgte Berliner Wissenschaft (Berlin, 1988)
Strauss, Herbert et al. Hg. Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933 (Berlin, 1987)
Titze, Hartmut, Hg. Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland, 1820-1944 (Göttingen, 1987)
"Vertreibung jüdischer Mitglieder der Humboldt Universität zur Zeit des Faschismus," (Ausstellung der Bibliothek der Humboldt Universität 1987, dokumentiert in:)*Humboldt-Universität* 32 (1987/88), Nr.10, 20, 35-6,38-9,40.

Konrad H. Jarausch

1941 in Magdeburg geboren.
1969 Promotion in deutscher Geschichte an der Universität von Wisconsin (USA).
Assistant, später Professor für Geschichte an der University of Columbia, Mo. (USA).
Seit 1983 Lurcy Professor für Europäische Zivilisation an der University of North Carolina, Chapel Hill (USA).
Konrad H. Jarausch war u.a. Gastprofessor an den Universitäten Göttingen, Saarbrücken, Leipzig, Gastforscher an dem Niederländischen Institut für Fortgeschrittene Studien in Wassenaar, dem Zentrum für Interdisziplinäre Forschung in Bielefeld, dem Schwedischen Kollegium für Fortgeschrittene Studien in Uppsala, dem Center of Advanced Studies in the Behavioural Sciences in Stanford (USA), dem Zentrum für Zeithistorische Studien in Potsdam.
Er ist Mitherausgeber von "German Studies Review", "Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen", "History of Higher Education Annual", früher von "History of Education Quaterly", "Central European History".
Er organisierte zahlreiche Symposien und Workshops, darunter zuletzt den DAAD-Workshop on "German unification" an der University of North Carolina im September 1991 und eine amerikanisch-deutsche Konferenz über "Critical Perspectives on the German Past" in Leipzig 1992.

Ausgewählte (Buch)Veröffentlichungen

The Four Power Pact, 1933. (Madison, 1966).
The Enigmatic Chancellor: Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany, 1856-1921. (New Haven, 1973).
Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft - Probleme und

Möglichkeiten. (Hrsg.). (Düsseldorf, 1976).
Students, Society and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism. (Princeton, 1982).
The Transformation of Higher Learning, 1860-1930. (Hrsg.). (Stuttgart und Chicago, 1983).
Deutsche Studenten 1800-1970. (Frankfurt, 1984).
Quantitative Methoden in der Geschichtswissenschaft. Eine Einführung. Zus. mit G. Arminger und M. Thaller. (Darmstadt, 1985).
Quantitative History of Society and Economy: Some International Studies. Hrsg. zus. mit W.H. Schroeder. (Berlin, 1987).
German Professions, 1800-1950. Hrsg. zus. mit G. Cocks. (New York, 1990).
The Unfree Professions: German Lawyers, Teachers and Engineers, 1900-1950. (New York, 1990).
In Search of Liberal Germany: Studies in the History of German Liberalism. Hrsg. zus. mit L. E. Jones. (Oxford, 1990).
Quantitative Methods for Historians: An Introduction to Research, Data and Statistics. Zus. mit Ken Hardy. (Chapel Hill, 1991).
Die deutsche Vereinigung. Dokumente zur Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt. Hrsg. zus. mit Volker Gransow. (Köln, 1991).
Geschichtswissenschaft vor dem Jahr 2000. Historiographie. Theorie und Sozialgeschichte. Hrsg. zus. mit J. Rüsen und H. Schleier. (Hagen, 1991).
Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Hrsg. (Berlin, 1991).
The Rush to the German Unity. (New York, 1994).
Uniting Germany: Documents and Debats. Hrsg. zus mit V. Gransow. (Providence, 1994).
Nach dem Erdbeben. (Re-) Konstruktionen ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft. Hrsg. zus. mit Matthias Middell (Leipzig, 1994).
Die unverhoffte Einheit. (Frankfurt, 1995).

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

1 *Volker Gerhardt*
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität

2 *Hasso Hofmann*
Die versprochene Menschenwürde

3 *Heinrich August Winkler*
Von Hitler zu Weimar
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

4 *Michael Borgolte*
"Totale Geschichte" des Mittelalters?
Das Beispiel der Stiftungen

5 *Wilfried Nippel*
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit

6 *Heinz Schilling*
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich

7 *Hartmut Harnisch*
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914

8 *Fritz Jost*
Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen

9 *Erwin J. Haeberle*
Historische Entwicklung und aktueller internationaler Stand der Sexualwissenschaft

10 *Herbert Schnädelbach*
Hegels Lehre von der Wahrheit

11 *Felix Herzog*
Über die Grenzen der Wirksamkeit
des Strafrechts

12 *Hans-Peter Müller*
Soziale Differenzierung und Individualität
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose

13 *Thomas Raiser*
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig
der Rechtswissenschaft

14 *Ludolf Herbst*
Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

15 *Gert-Joachim Glaeßner*
Demokratie nach dem Ende
des Kommunismus

16 *Arndt Sorge*
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen
in Ostdeutschland

17 *Achim Leube*
Semnonen, Burgunden, Alamannen
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte

18 *Klaus-Peter Johne*
Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel
der Forschung

19 *Volker Gerhardt*
Die Politik und das Leben

20 *Clemens Wurm*
Großbritannien, Frankreich und die
westeuropäische Integration

21 *Jürgen Kunze*
Verbfeldstrukturen

22 *Winfried Schich*
Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter:
Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen

23 *Herfried Münkler*
Zivilgesellschaft und Bürgertugend
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen
einer sozio-moralischen Fundierung?

24 *Hildegard Maria Nickel*
Geschlechterverhältnis in der Wende
Individualisierung versus Solidarisierung?

25 *Christine Windbichler*
Arbeitsrechtler und andere Laien in
der Baugrube des Gesellschaftsrechts
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung

26 *Ludmila Thomas*
Rußland im Jahre 1900
Die Gesellschaft vor der Revolution

27 *Wolfgang Reisig*
Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen
das Herkömmliche oder etwas
grundlegend Neues?

28 *Ernst Osterkamp*
Die Seele des historischen Subjekts
Historische Portraitkunst in Friedrich Schillers "Geschichte des
Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung"

29 *Rüdiger Steinlein*
Märchen als poetische Erziehungsform
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen
"Kinder- und Hausmärchen"

30 *Hartmut Boockmann*
Bürgerkirchen im späteren Mittelalter

31 *Michael Kloepfer*
Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung
aus Vergangenheitserfahrung
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland

32 *Dietrich Benner*
Über die Aufgaben der Pädagogik nach
dem Ende der DDR

33 *Heinz-Elmar Tenorth*
"Reformpädagogik"
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen

34 *Jürgen K. Schriewer*
Welt-System und Interrelations-Gefüge
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem
Vergleichender Erziehungswissenschaft

35 *Friedrich Maier*
"Das Staatsschiff" auf der Fahrt von
Griechenland über Rom nach Europa
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand
in Text und Bild

36 *Michael Daxner*
Alma Mater Restituta oder
Eine Universität für die Hauptstadt